

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Reese
Stellv. Ausschussvorsitzende Gabriele Schröder

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse
Ausschussmitglied Martin Ehlers

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhart
Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Dr. Angela Kirstges

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied Gruppe FDP/FW

Grundmandat Michael Kieseewetter

Behindertenvertretung

beratendes Mitglied Sabine Gastmann

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Hilke Schwarting-Boer

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 50 Michael Koch
Fachbereichsleitung 53 Dr. med. Christof Rübsamen

von der Verwaltung

Fachbereich 51 Andreas Leonhardt
Fachbereich 51 Andreas Schlemmer

Protokollführerin

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir-Block

Grundmandat Detlef Stump

beratendes Mitglied Doris Tjarks

als Gast

Dr. Lutz Fiedler (Fördergesellschaft des Lions-Clubs Wilhelmshaven e.V.)

Thomas Hein (Geschäftsführer Jobcenter Wilhelmshaven)

Pastor Frank Moritz (Notfallseelsorge)

Pastor Kai Wessels (Notfallseelsorge)

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 26.01.2023
- 4 Vorstellung Notfallseelsorge
- 5 Situation Jobcenter / Arbeitslosigkeit SGB II
- 6 Flüchtlingssituation
- 7 Vorlagen an den Rat
- 7.1 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Auftragsvergabe und Beschaffung der Stadt **511/2023** Wilhelmshaven
- 7.2 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung der Voraussetzung für die Unterzeichnung **512/2023** der "#positivarbeiten Deklaration"
- 8 Sozialfonds
- 8.1 Antrag der Fördergesellschaft des Lions-Clubs Wilhelmshaven e.V.
- 9 Mitteilungen und Anfragen

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 26.01.2023

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 26.01.2023, Nr. 1/2023, wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorstellung Notfallseelsorge

Zunächst berichtete Herr Pastor Moritz über die Entstehung der Notfallseelsorge in Wilhelmshaven. Bei seiner damaligen Tätigkeit als Polizeiseelsorger erkannte er die enorme Belastung der Einsatzkräfte in Krisensituationen. Durch Unglücke wie z.B. Rammstein wurde dann auch seitens der Feuerwehr der Bedarf an Notfallseelsorge sichtbar. Aber auch für die beteiligten Bürger/-innen stellte sich die Frage nach einer derartigen Betreuung.

Aus einer gemeinsamen Initiative mit Herrn Pastor Wessels wurde daraufhin vor 25 Jahren, am 01.09.1997, die Notfallseelsorge in Wilhelmshaven als eine der ersten in Deutschland gegründet.

Momentan besteht das Team aus 10 ehrenamtlichen Notfallseelsorger/-innen. Seit 2016 erfolgt begleitend eine Unterstützung durch den Kriseninterventionsdienst des Malteser Hilfsdienst. Ein Tätigwerden der Notfallseelsorge erfolgt ausschließlich auf Anforderung und mit Einverständnis der betroffenen Personen.

Anschließend berichtete Herr Pastor Wessels aus der praktischen Arbeit. Am Unglücksort gehe es zum einen um die Unterstützung der Einsatzkräfte, aber auch um organisatorische Hilfen sowie der Vermittlung von Ruhe, Zeit, Struktur und Empathie.

Bei der Alarmierung erhalte man nur eine Kurzinformation, sodass die vorzufindende Situation ungewiss sei. Häufig sind die Geschehnisse dann auch für die Notfallseelsorger belastend, z.B. bei der Überbringung von Todesnachrichten oder wenn Kinder beteiligt sind. Für alle Beteiligten hätten die Einsätze Langzeitwirkung, so werde man oft noch nach langer Zeit wiedererkannt oder bekomme Nachfragen von Einsatzkräften.

Im Kirchenkreis Friesland/Wilhelmshaven gibt es 3 unterschiedliche Organisationen der Notfallseelsorge. Insgesamt wurden hier im Jahre 2022 etwa 100 Einsätze absolviert, davon ca. 45 in Wilhelmshaven.

Herr Pastor Moritz dankte an dieser Stelle der Feuerwehr für die jahrelange Unterstützung mit Ausrüstungsgegenständen sowie der seit Beginn guten Zusammenarbeit.

Herr Schaar/Br. Franziskus dankte für die geleistete Arbeit. Ebenso richtete er seinen Dank an die Polizei und die Feuerwehr für die Nutzung dieses Angebotes. Die gegenseitige Unterstützung sichere die Leistungsfähigkeit der Einsatzkräfte. Er

stellte die Frage, ob man sich von der Stadtverwaltung und Politik weitere Unterstützung wünsche. Herr Pastor Moritz antwortete darauf, dass keine finanzielle Hilfe benötigt werde. Auch die Zusammenarbeit mit Feuerwehr und Polizei laufe reibungslos.

Herr Burkhardt brachte ebenfalls seinen Dank zum Ausdruck und fragte, welche Unterstützung die Ehrenamtlichen selbst bei der Bewältigung der oftmals belastenden Situationen erhalten. Herr Pastor Wessels sagte, dass dies vorrangig in gemeinsamen Gesprächen erfolge. Über jeden Einsatz werde ein anonymisiertes Protokoll geschrieben. Er als Koordinator habe daher den Gesamtüberblick und könne bei Bedarf einwirken. Zudem gebe es das Angebot der Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen, welches jederzeit in Anspruch genommen werde könne.

Viele Notfallseelsorger/-innen haben zudem eine pastoralpsychologische Zusatzausbildung und nehmen an Supervisionsgruppensitzungen des Kirchenkreises teil.

Herr Schönfelder fragte nach der Nachwuchsgewinnung und bot hier die Unterstützung der Stadtverwaltung bei der Netzwerkvermittlung an.

Herr Pastor Moritz berichtete, dass Interessierte mit entsprechenden Vorausbildungen bei der Oldenburger Kirche Ausbildungsmodule besuchen und geschult werden. Nicht jeder sei für diese Aufgabe geeignet, so muss auch eine Prüfung abgelegt werden. Herr Pastor Wessels ergänzte, dass auch beim Malteser Hilfsdienst eine entsprechende Ausbildung angeboten werde. Die Grundsätze hierfür sind mittlerweile bundesweit geregelt, sodass ein einheitlicher Standard erzielt werde. Nach der Ausbildung müssen noch Hospitationseinsätze geleistet werden, bevor eine volle Eingliederung in das System erfolge.

Da sich die Anzahl der Pfarrer- und Pfarrerinnen durch Pensionierungen stetig verringere, müsse nach Aussage von Herrn Pastor Moritz langfristig über die Beteiligung eines weiteren Kriseninterventionsteams nachgedacht werden.

Frau Dr. Kirstges dankte ebenfalls für die Arbeit der Notfallseelsorge.

Auch Herr Ehlers dankte für die wertvolle Arbeit und fragte, ob zum Aufgabenbereich auch die Notfallseelsorge der Einsatzkräfte gehöre.

Dazu antwortete Herr Pastor Moritz, dass die Notfallseelsorge generell ausschließlich für die in Not geratenen Bürger- und Bürgerinnen zuständig sein. Für die Einsatzkräfte gebe es eine berufsbegleitende Seelsorge und psychologische Beratungsdienste. Dennoch sei er aufgrund seiner früheren Tätigkeit, wie auch seine Kollegen und Kolleginnen, weiterhin auch vor Ort für die Polizei ansprechbar. Zudem sehe er es auch als seine Verpflichtung an, bei auftretenden Anfeindungen und Angriffen auf Einsatzkräfte als Gegengewicht aufzutreten. Dies gehöre auch zur Wertschätzung.

In diesen Zusammenhang bat Herr Schaar/Br. Franziskus nochmals darum, dass im Laufe des Jahres ein weiterer Austausch zu der Thematik Anfeindungen und Angriffe auf Einsatzkräfte stattfinden solle.

5 Situation Jobcenter / Arbeitslosigkeit SGB II

Der Geschäftsführer des Jobcenter Wilhelmshaven, Herr Hein, berichtete, dass die leistungsrechtliche Umstellung auf das zum 01.01.2023 eingeführte Bürgergeld reibungslos erfolgt sei. Weitere Änderungen in der Vermittlungstätigkeit sollen zum 01.07.2023 umgesetzt werden.

Zur Arbeitslosenquote sagte er, dass dieser Indikator von vielen Faktoren abhängig sei. Dies seien u.a. die wirtschaftliche Entwicklung der Kommune, die Bevölkerungsstruktur sowie auch die Wohnungssituation. Bei der Einführung der Jobcenter im Jahre 2005 waren in Wilhelmshaven 6800 Personen arbeitslos gemeldet, Ende 2022 lag die Zahl bei ca. 4000. Dies bedeute einen Rückgang von 41 % in den beiden Rechtskreisen SGB II und SGB III. Begünstigt wurde diese Entwicklung dadurch, dass gerade im Hafen viele neue Arbeitsplätze entstanden seien.

Auch die Integration gelinge im Vergleich zu anderen Jobcentern gut.

Momentan sei zu beobachten, dass sich der Wohnungsmarkt verdichte, sodass der Zuzug wegen der Verfügbarkeit von günstigem Wohnraum nachlasse. Ebenso steige die Anzahl der offenen gemeldeten Stellen.

Aktuell sei die Arbeitslosenquote wieder leicht steigend. Seit 01.06.2022 wurden ca. 850 Geflüchtete aus der Ukraine in den Leistungsbezug des SGB II aufgenommen. Dies alleine bedeute einen Anstieg der Arbeitslosenquote um 1 %. Vor der Vermittlung in den Arbeitsmarkt müsse die Belegung eines Sprachkurses erfolgen. Hier seien jedoch die Kapazitäten begrenzt, sodass die Personen im Leistungsbezug verweilen. Im Frühjahr erwarte er hier die ersten Vermittlungen in den Arbeitsmarkt. Bedacht werden müsse zudem, dass die Anforderungen an die Arbeitswelt in Deutschland häufig nicht erfüllt werden können. Auch die Vorstellungen der Flüchtlinge decke sich nicht immer mit den zur Verfügung stehenden Arbeitsplätzen. Es müssten daher auch neue Wege aufgezeigt werden.

Zum Thema Kinderarmut informierte Herr Hein, dass jedes 3. Kind in Wilhelmshaven Leistungen nach dem SGB II erhalte. Auch diese Zahl sei unter dem Aspekt der Flüchtlingswelle 2015/2016 und der momentanen Flüchtlingssituation aus der Ukraine differenziert zu sehen, da hier viele kinderreiche Familien zugezogen seien.

Im niedersächsischen Vergleich gehört Wilhelmshaven zu den Kommunen mit dem geringsten Bevölkerungsanteil an Kindern. Perspektivisch führe dies zu einer weiteren Verschlechterung der Fachkräftesituation, da der eigene Nachwuchs fehle.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sei rückläufig, ebenso die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsempfänger/-innen. Jedoch hätten $\frac{3}{4}$ der Leistungsbeziehenden keine abgeschlossene Berufsausbildung. Pro Jahr erfolgen daher ca. 200-300 Qualifizierungsmaßnahmen, um den regionalen Bedarf an Fachkräften teilweise zu decken. Das gezielte Gewinnen von ausländischen Fachkräften erfolge nur vereinzelt.

Frau Dr. Kirstges dankte für die Informationen und berichtete, dass das Klinikum ebenfalls anstrebe, Pflegekräfte aus dem Ausland zu gewinnen. Sie fragte daher, ob es diesbezüglich, z. B. hinsichtlich notwendiger Sprachkurse, Kooperationen gebe.

Herr Hein antwortete darauf, dass der Bedarf sicherlich bestehe. Man solle dabei jedoch bedenken, wie sich der Arbeitsort Deutschland im Ausland präsentiere. Hier sollten Anreize bezüglich Verdienst, Wohnsituation, Kinderbetreuung und sonstiger Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Frau Gastmann sah in der momentanen Situation eine Chance für Menschen mit Behinderungen, sich auf dem 1. Arbeitsmarkt zu integrieren. Häufig litten diese Personen jedoch unter Prüfungsangst. Sie würde sich daher eine Veränderung der Prüfungssituation wünschen. Auch Herr Hein bemerke eine Öffnung der Arbeitswelt bezüglich der Beschäftigung von Menschen ohne festgestellter Qualifikation. Die Erlangung der Qualifikation sei jedoch weiterhin an Regeln gebunden.

Herr Schönfelder merkte noch an, dass es bereits einige Staaten gebe, die für Pflegekräfte Ausreisestopps verhängen würden, um durch die Auswanderung Mangelsituationen im eigenen Land zu verhindern.

Im Ausbildungsverbund generalistische Pflege wurde die Thematik der Nachwuchsgewinnung bereits diskutiert. Das Bewusstsein des Bedarfes erhöhe bei den Jugendlichen das Anspruchsverhalten. Er befürchte dadurch eine Verringerung der erworbenen Qualifikationen zum Nachteil der zu Pflegenden.

Hierzu sagte Frau Gastmann, dass auch in ihrer Einrichtung ein sog. „Angebotshopping“ zu erkennen sei. Man habe daher als mögliche Lösungsstrategie an die Einführung eines Ehrenkodex gedacht, um die Beschäftigten an die Einrichtung zu binden.

In Zusammenarbeit mit der Jadebay werden bei der GPS Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnen aus Spanien eingesetzt, die nur für einen gewissen Zeitraum vom Heimatland ausgeliehen werden und bei Bedarf wieder zurückkehren.

Herr Schaar/Br. Franziskus sprach an, dass die telefonische Kontaktaufnahme auch für Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände mit dem Jobcenter schwierig sei und bat hier um Verbesserung. Ebenso regte er an, dass das Jobcenter an den regelmäßigen digitalen Treffen der Wohlfahrtsverbände und anderen Beteiligten teilnehme und lud dazu ein.

Ebenso bat er um Auskunft, wie seitens des Jobcenters den Geflüchteten der Einstieg in die Pflegeberufe ermöglicht werden soll.

Dazu antwortete Herr Hein, dass bei den Vermittlungsgesprächen immer auch das Thema Pflegeberuf angesprochen werde. Jährlich werden ca. 20-30 Pflegefachkräfte qualifiziert. Dies decke jedoch nicht den bestehenden Bedarf. Die demographische Situation in Wilhelmshaven werde zu einer weiteren Verschlimmerung der Situation führen.

Seitens der Politik müssten die Voraussetzungen für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtert werden. Auch in anderen Bereichen seien Verbesserungen im Reglement erforderlich. So führen z.B. die hohen Anforderungen an die Dozenten von Sprachkursen dazu, dass momentan ca. 250-300 Personen auf einen Platz warten.

Die Einladung zur Gesprächsrunde nahm er gerne an. Ebenso stünden die

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen jederzeit auch für Vorträge bei anderen Institutionen zur Verfügung.

Herr Ehlers vertrat die Auffassung, dass die Attraktivität des Standortes Deutschland, gerade hinsichtlich der hohen Bürokratie, im Vergleich zu anderen Staaten erhöht werden müsse, um hochqualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. Auch bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse müssten die Regelungen verbessert werden. Seitens des Jobcenters müssten die Verwaltungsaufgaben für Unternehmen zur Integration Erwerbsfähiger im Rahmen von Projektmaßnahmen erleichtert werden.

Zum Thema Energiewende fragte er, ob hier bereits Programme auch in Zusammenarbeit mit den Unternehmen in Planung seien.

Herr Hein stimmte zu, dass die bestehenden Vorgaben oftmals bürokratisch seien. Er sicherte den Betrieben die Unterstützung des Arbeitgeberservices bei der entsprechenden Antragstellung zu.

Für die Energiewende benötigen die Betriebe oftmals Fachkräfte, die bislang in der Region noch nicht vorhanden seien. Im März 2023 veranstalte die Arbeitsagentur daher eine Ausbildungsbörse für die gefragten Berufsfelder, wie z.B. Chemielaborant.

6 Flüchtlingssituation

Herr Schönfelder stellte die wesentlichen Inhalte der tagesaktuellen Vorlage 66/2023 vor.

Obwohl der Ausschuss aus zeitlichen Gründen nicht in der Beratungsfolge geführt werde, wollte er hiermit umfassend über die momentane Flüchtlingssituation informieren.

In der anschließenden Diskussion sprach Herr Ehlers die Verlegung nicht-ukrainischer Flüchtlinge von der Albrechtstraße in die Peterstraße an. Er vertrat die Auffassung, dass bei Streitigkeiten in der Unterkunft der Störenfried diese zu verlassen habe, um den Schutz der vulnerablen Gruppe, häufig alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern, zu gewährleisten.

Herr Schönfelder sagte dazu, dass in den meistens Fällen kein strafbares Verhalten vorliege und ein Verweis daher nicht möglich sei. Die Unstimmigkeiten und Spannungen beruhen meist auf unterschiedlichen kulturellen Gewohnheiten. Ebenso müsste dann zur Vermeidung von Obdachlosigkeit die Unterbringung in Wohnungen erfolgen, was wie bekannt mit Mehrkosten verbunden sei.

Herr Leonhardt bestätigte dies. Bereits im Vorfeld müsse man bestimmte Gruppen präventiv voneinander trennen. Aufgrund der Veränderung der Flüchtlingszahlen und deren Zusammensetzung musste die Verwaltung hier reagieren.

Die Verwaltung möchte entgegen dem Ratsbeschluss zur Unterbringung im DEWI-Gebäude die Flüchtlinge aus unterschiedlichen Herkunftsländern gemeinsam von der Peterstraße in das DEWI-Gebäude umziehen lassen. Herr Schönfelder bat diesbezüglich um Zustimmung. Sollte die Zustimmung nicht erfolgen, müsste eine dritte Gemeinschaftsunterkunft gefunden oder teurer Wohnraum angemietet

werden.

Herr Schaar/Br. Franziskus konnte die inhaltliche Argumentation der Verwaltung nachvollziehen. Auch Frau Dr. Kirstges zeigte Verständnis. Jedoch hätte der Rat im Vorfeld informiert werden müssen, dass entgegen des Ratsbeschlusses nicht-ukrainische Flüchtlingen in der Peterstraße untergebracht werden.

Herr Schönfelder bestätigte, dass hier eine bessere Information des Rates hätte erfolgen müssen. Deswegen sei auch diese Vorlage wieder sehr ausführlich.

Herr Burkhart kritisierte die Vorgehensweise der Verwaltung. Diese habe entgegen eines gültigen Ratsbeschlusses gehandelt. Dies sei Grundlage für eine kommunale Aufsichtsbeschwerde. Möglicherweise sei die Entscheidung für die Gemeinschaftsunterkunft an der Ebertstraße unter diesen Voraussetzungen anders ausgefallen. Er erwartet im VA eine ausführliche Diskussion der Vorlage 66/2023 mit den darin enthaltenen Kalkulationen.

Herr Schönfelder machte nochmals deutlich, dass der Ratsbeschluss lediglich für die Unterkunft in der Ebertstraße bestehe. Die damals vorliegenden Zahlen hätten sich anders entwickelt. So entbindet ein Beschluss des Rates die Verwaltung auch nicht von der Einhaltung bestehender Gesetze und anderer höherrangiger Güter.

Da die Leistungen für die Verpflegung und Betreuung europaweit ausgeschrieben werden müssen, war aufgrund der vorgegebenen Fristen eine Interimsvergabe erforderlich. Dazu habe man die Leistungsbeschreibung aus 2022 zu Grunde gelegt, zu denen es keine Einwände gegeben hatte.

Zum Thema Flüchtlingsbetreuung informierte Frau Schwarting-Boer. Mit Ratsbeschluss vom Dezember 2022 wurden damit die Wohlfahrtsverbände beauftragt. Die Migrationsberatung der Diakonie sowie der Caritas könne aufgrund der hohen erforderlichen Fachlichkeit und Auslastung nicht vor Ort angeboten werden.

Für die allgemeinere Hilfe bei Alltagsproblemen stehen die Migrationslotsen und ehrenamtlichen Helfer zur Verfügung. Momentan werden zwei Projekte durch das Land Niedersachsen finanziert, die auch direkt in den Flüchtlingsunterkünften angeboten werden können. Für ein weiteres Projekt werden zeitnah die Anträge gestellt. Dieses Projekt beinhaltet Sportangebote für Kinder und parallel dazu ein Sprachkursangebot für die begleitenden Mütter.

Dazu bat Herr Schaar/Br. Franziskus noch, den Wohlfahrtsverbänden den Zugang zur Flüchtlingsunterkunft in der Ebertstraße zu ermöglichen.

Herr Schönfelder antwortete, dass die Vergabe der Betreuungsleistungen an die Wohlfahrtsverbände eine Standartabsenkung zu der zuvor erfolgten Rund-um-die-Uhr-Betreuung darstelle. Die Angebote der sozialen Betreuung müssten zudem mit dem zukünftigen Betreiber der Unterkunft abgestimmt werden. Auch die Ängste und Sorgen der angrenzenden Schulleitung müsse man im Blick behalten. Für die ausgewählten Angebote werden dann die Zugänge ermöglicht.

7 Vorlagen an den Rat

7.1 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Auftragsvergabe und Beschaffung der Stadt Wilhelmshaven **511/2023**

Herr Burkhardt zog den Antrag-Nr. 511/2023 der Gruppe GRÜNE und GfW zurück.

Beschluss:

-zurückgezogen-

7.2 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung der Voraussetzung für die Unterzeichnung der "#positivarbeiten Deklaration" **512/2023**

Herr Burkhardt zog den Antrag-Nr. 512/2023 der Gruppe GRÜNE und GfW zurück.

Beschluss:

-zurückgezogen-

8 Sozialfonds

8.1 Antrag der Fördergesellschaft des Lions-Clubs Wilhelmshaven e.V.

Auf Antrag von Herrn Reese erfolgte die Behandlung des TOP 8.1 vor dem TOP 7.

Herr Dr. Fiedler, Vorsitzender der Fördergesellschaft des Lions-Clubs Wilhelmshaven e.V., stellte anhand einer Power-Point-Präsentation (*s. Anlage*) das bundesweite Projekt Klasse 2000 vor. Dieses Projekt wird in Wilhelmshaven an vier Grundschulen in den Jahrgangsstufen 1-4 angeboten. Für die Durchführung im Schuljahr 2022/2023 wird ein Zuschuss aus dem Sozialfonds i.H.v. 3.000,00 € beantragt.

Herr Koch teilte mit, dass die Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien erfüllt seien.

Herr Burkhardt begrüßte die Durchführung des Projektes. Hinsichtlich der Erfüllung der Richtlinien gab er zu bedenken, dass der Lions-Club hier lediglich als Pate auftrete und das Projekt selbst durch Honorarkräfte durchgeführt werde.

Dazu antwortete Herr Schönfelder, dass die Richtlinien wohlwollend zugunsten der Antragsteller ausgelegt werden sollten. Herr Dr. Fiedler ergänzte, dass die Aufwandsentschädigung i.H.v. 32,00 € pro Unterrichtsstunde an die durchführende Kraft vom Verein Programm Klasse2000 e.V. aus Nürnberg gezahlt werde.

Auch Frau Dr. Kirstges konnte die Bedenken nachvollziehen, würde jedoch im Rahmen des Spielraumes dem Antrag zustimmen. Zu den beteiligten Schulen sagte sie, dass sie den Bedarf bei den bisher nicht teilnehmenden Schulen sogar als noch höher einstufe. Sie stellte daher die Frage, wie diese an das Projekt herangeführt werden können. Herr Dr. Fiedler sagte, dass man dafür gerne Informationsmaterial zur Verfügung stelle. Es gebe jedoch auch Schulleitungen, die an der Durchführung des Projektes an ihrer Schule nicht interessiert seien.

Herr Schaar/Br. Franziskus merkte noch an, dass man bei der Behandlung der Anträge auf die Gleichbehandlung der Service-Clubs achten müsse.

Herr Schönfelder machte den Vorschlag, dass er sich bis zur nächsten Sitzung mit dem Verein Programm Klasse2000 in Verbindung setzen würde. Er denkt hier an eine Umwidmung der Aufwandsentschädigung in einen Zuschuss. Aufgrund der momentanen haushaltsrechtlichen Situation würde dem Antragsteller dadurch kein Nachteil entstehen.

Herr Walpurgis stimmte diesen Vorschlag zu. Auch Herr Dr. Fiedler war damit einverstanden.

Der Ausschuss nahm den Antrag wohlwollend zur Kenntnis und vertagte die Abstimmung auf die nächste Sitzung.

9 Mitteilungen und Anfragen

- Keine -

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:15 Uhr

gez.

Schönfelder
Dezernent

gez.

Reese
Vorsitzender

gez.

Kallendrusch
Protokollführerin